

Ex-Verfassungsrichter kritisiert Jamaika-Schulpläne

Experte: **Neue Koalition gibt verfassungsrechtlichen Bestandsschutz für Gymnasien auf**

Die Pläne von CDU, FDP und Grünen für eine Verfassungsreform in der Schulpolitik halten nicht das, was sich die Christdemokraten davon versprechen. Das jedenfalls meint der Ex-Verfassungsrichter Hans Hugo Klein.

Karlsruhe. Der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht, Professor Hans Hugo Klein, hat den Plan von CDU, FDP und Grünen kritisiert, alle Schulformen aus der Verfassung zu streichen, zugleich aber an einer verfassungsrechtlichen Bestandsgarantie für das Gymnasium festzuhalten. Klein sagte in einem SZ-Gespräch, es sei „eindeutig“ und liege „auf der Hand, dass man nicht etwas aus der Verfassung streichen kann, um dann in einem Briefwechsel niederzulegen, dass man es nicht so gemeint hat“. Dieser Plan sei nicht umsetzbar.

Was nicht mehr in der Verfassung stehe, sei von dieser auch nicht mehr garantiert, betonte Klein.

Im Ergebnisprotokoll ihrer Sondierungsgespräche hielten CDU, FDP und Grüne fest, dass sie die „namentliche Nennung der Schulformen“ in der Verfassung streichen wollen. Zugleich solle es aber einen „Bestandsschutz“ für das Gymnasium „in Form eines die Verfassungsänderung begleitenden Briefwechsels“ geben. Dazu sagte Klein der SZ: „Wenn die Schulform Gymnasium aus der Verfassung gestrichen wird, ist sie nicht mehr verfassungsrechtlich garantiert.“

Natürlich seien die Koalitionspartner „frei, sich politisch dazu zu verpflichten, das Gymnasium nicht abzuschaffen“. Das sei dann aber „eine politische Verpflichtung und keine verfassungsrechtliche Garantie“. Diese politische

Verpflichtung der Koalitionspartner würde „eine andere politische Mehrheit zu einem späteren Zeitpunkt nicht daran hindern, das Gymnasium abzuschaffen“. Die Verfassung stünde „dem dann nicht mehr im Wege“.

In der Vergangenheit hatte die CDU der Opposition aus SPD, Linken und Grünen wiederholt vorgeworfen, das gegliederte Schulsystem im allgemeinen und das Gymnasium im besonderen durch eine „Einheitsschule“ ersetzen zu wollen. Tatsächlich sieht das Programm der Grünen eine „Schule für alle“ und das der Linken eine „Gemeinschaftsschule“ vor, in der längerfristig auch das Gymnasium aufgehen soll. Auch im ersten Programm-entwurf der SPD von Anfang dieses Jahres war noch die Forderung nach einer „Gemeinschaftsschule für alle“ enthalten. *nof*